

Bargeld heisst Freiheit

Zur Abstimmung über die Bargeldinitiative vom 8. März

Der schleichende Rückzug von Münzen und Banknoten betrifft uns alle. Der Rückzug des Bargelds ist kein Zufall, sondern eine weltweite Entwicklung. Das Ganze geschieht nicht aus technischer Bequemlichkeit oder Effizienz. Nein, es ist politisch gewollt.

Was als Modernisierung verkauft wird, ist in Wahrheit eine Machtverschiebung. Weg vom Individuum, hin zu zentralen Infrastrukturen. Digitale Zahlungssysteme erhöhen zwangsläufig die Abhängigkeit von Strom, Technik, von jenen Stellen, die Regeln setzen und Zugänge kontrollieren. Ein

aktuelles Beispiel, wohin dies führen kann, zeigt der Fall Jacques Baud. Ihm wurden sämtliche Konten aufgrund seiner Meinung gesperrt. Für ältere Menschen, Jugendliche oder Personen in schwierigen Lebenslagen ist Bargeld oft die einzige wirklich selbstbestimmte Zahlungsform. Der Wert des Bargelds wird erst deutlich in Krisen. Digitale Systeme sind leistungsfähig, solange sie funktionieren, wenn kein Stromausfall oder Cyberangriff stattfindet. Bargeld hingegen funktioniert immer. Deshalb setzen selbst hochdigitalisierte Länder wie Schweden und Norwegen bewusst auf Bargeld. Der vom Bundesrat präsentierte Gegenvorschlag anerkennt Bargeld zwar

symbolisch, verfehlt aber den Kern. Er garantiert Bargeld nur auf dem Papier, nicht im Alltag, nicht physisch. Auch will er die Verantwortung der Nationalbank übertragen. Damit bleibt offen, ob Bargeld künftig noch verwendbar ist. Die Bargeldinitiative will, dass Münzen und Banknoten als freiheitliches, krisensicheres Zahlungsmittel erhalten bleiben.

Ein Ja zu Bargeld ist kein Rückschritt – sondern ein Bekenntnis zu Selbstbestimmung, Demokratie und staatlicher Verantwortung. Deshalb Ja zur Initiative, Nein zum Gegenvorschlag des Bundesrats.

Bernadette Bürgler, Ibach

Frei ist nur, wer Bargeld gebraucht

Zur Abstimmung über die Bargeldinitiative vom 8. März

Soll die Obrigkeit steuern, wofür wir unser Geld ausgeben? Sollen die Regierenden entscheiden, wer sein hart verdientes Geld frei einsetzen darf?

Bargeld ist unbestritten Freiheit! Bargeld kann frei gehortet, frei ausgegeben, sogar frei vernichtet werden, ohne dass jemand reinreden kann, es funktioniert unabhängig, ohne Strom und Internet. Bei allen elektronischen Zahlungsmitteln und vor allem beim geplanten digitalen Zentralbankgeld sieht es ganz anders aus: Da können die Mächtigen programmieren, wofür jeder sein Geld ausgeben darf. Zum

Beispiel nur begrenzt für Fleisch oder Diesel, unbegrenzt für CO₂-Zertifikate und Windkraftflatterstrom, immer oder nur, wenn es dann welchen gibt. Jede Zahlung wird protokolliert und gesammelt und trägt zum gläsernen, manipulierbaren Bürger bei. Darüber hinaus fliessen bei jeder Karten- und Smartphonezahlung beträchtliche Gebühren an Geldinstitute, ohne dass diese zur Wertschöpfung beitragen.

Die Bargeldinitiative gibt Gegensteuer dazu. Sie verpflichtet den Staat, immer für genügend Bargeld zu sorgen und so jeden, der will, selbstbestimmt über sein eigenes Geld entscheiden zu lassen. Ein guter Ansatz, der unbedingt befürwortet

werden soll. Aber! Jeder ist selber für seine Freiheit verantwortlich, und so ist nur frei, wer seine Freiheit und sein Bargeld auch gebraucht. Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung dem Staat zu delegieren, reicht nicht aus.

Zahlt mit Bargeld und fordert, dass ihr mit Bargeld zahlen könnt, wo es nicht angeboten wird. So fliesst der ganze Betrag zum Handwerker oder Marktstand, ohne Gebührenabzug. Jeder kann zur Freiheit beitragen. Mit einem Ja zur Bargeldinitiative und fleissigem Bargeldgebrauch. Jeder ist selber seines Glückes Fünfliber-Schmied.

Josef Ender, Ibach

Zweimal zahlen ist zu viel

Zur Abstimmung über die SRG-Initiative vom 8. März

Wie alle Gewerbetreibenden bezahle ich die SRG-Abgabe heute doppelt – einmal privat und einmal über den Betrieb, zudem zahlt auch jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter privat. Diese Doppelbelastung, insbesondere für kleine Betriebe, ist unfair, nicht

sachgerecht und aus der Zeit gefallen. Wenn überhaupt, läuft in einem Handwerksbetrieb mal ein Radio, Fernseher gibt es keine, und die jüngeren Berufsleute konsumieren ohnehin kaum mehr SRG-Medien. Jeder Franken, der nicht in unnötige Abgaben fliesst, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer KMU, hilft, Arbeitsplätze zu sichern, und schafft Spielraum für

Investitionen. Genau hier setzt die SRG-Initiative an: Sie beseitigt unnötige Doppelabgaben, ohne den Service public zu gefährden. Es geht nicht um weniger Medien, sondern um mehr Fairness. Einmal zahlen ist genug, weshalb ich am 8. März ein überzeugtes Ja in die Urne lege.

Severin Isenschmid, Kantonsrat FDP, Küssnacht

Mogelpackung Individualbesteuerung

Zur Abstimmung über die Individualbesteuerung vom 8. März

Die Vorlage zur Einführung der Individualbesteuerung schafft neue Ungerechtigkeit und greift massiv in die Wahl des Familienmodells ein. Bei zwei vierköpfigen Familien mit gleichem Haushaltseinkommen von 150'000 Franken wird die Einverdienerefamilie im Vergleich

zur Familie mit hälftiger Einkommensverteilung neu über zehnmal mehr Bundessteuern bezahlen (rund 5500 Franken versus rund 500 Franken).

Die Wahl des Familienmodells soll eine individuelle Entscheidung sein. Es darf nicht sein, dass ein Modell steuerlich so eklatant benachteiligt wird. Bemerkenswert ist, dass diese Initiative ausgerechnet von der FDP

kommt, der Partei, die ansonsten die individuelle Freiheit gerne betont. Mit 1,7 Millionen zusätzlichen Steuererklärungen hat die ganze Übung zudem einen gigantischen administrativen Mehraufwand bei Bürgern und Verwaltung zur Folge. Diese bevormundende Bürokratie-Vorlage ist abzulehnen.

Lukas Wullschlegler, Kantonsrat SVP, Lachen

Spinat und Klimafonds

Zur Abstimmung über die Klimafondsinitiative vom 8. März

Die Abstimmung am 8. März zum Klimafonds soll die Linken und Grünen zu Weltrettern erheben und ein neues Paradies schaffen. Spinat ist gesund, weshalb meine Mutter dieses eisenhaltige Zeug mit wenig Erfolg in mich hineinstopfen wollte. Der Eisengehalt in Spinat wurde Jahrzehnte vielfach übertrieben. Heute wird der zu hohe CO₂-Anteil beklagt; das ist massiv übertrieben.

Der grosse Führer Mao Zedong wollte Chinas Ernährungssicherheit

1958 retten mit der Ausrottung der Spatzen, die zu viel Weizen pickten. Das scheiterte kläglich, weil die anschliessende Mückenplage das chinesische Volk terrorisierte. Mao musste dringend Spatzen aus der damaligen UdSSR importieren, damit die «gottgewollte» Ordnung wiederhergestellt werden konnte. Die neuen Kulturrevoluzzer – Grüne, Linke und Anverwandte – sind sozusagen mit Mao Zedong auch falsch abgebogen. Ich warte auf den Tag, an dem die grüne Kamarilla für mehr CO₂ wirbt. Die Zukunft sind Kernenergie, Öl und Gas. Kunstdünger (inklusive mehr

CO₂), der die Ernährung der Welt massiv verbessert, benötigt viel Erdgas. Vielen Dank an die Volksrepublik China für das grosse CO₂-Geschenk. Unsere Grünen und Linken können von China viel lernen. Das wäre kein Widerspruch. Die Zeiten ändern sich und wir uns auch.

Deshalb ein kräftiges Nein zu dem alt-maoistischen Klimafonds. Die Linken und Grünen haben noch einen langen Marsch vor sich bis zur Vernunft – und zur «gottgewollten» Ordnung.

Eduard Keller, Goldau

Keine Lösung – kompliziert, teuer

Zur Abstimmung über die Individualbesteuerung vom 8. März

Die Individualbesteuerungsinitiative klingt fortschrittlich, ist aber in Wahrheit ein Bürokratiemonster. Sie zwingt alle Kantone und Gemeinden, ihre Steuersysteme komplett umzubauen – obwohl die Heiratsstrafe fast ausschliesslich bei der Bundessteuer besteht. Auf kantonaler Ebene ist das Problem dank Splitting- oder Teilsplittingtarifen längst weitgehend gelöst, auch im Kanton Schwyz.

Statt das Problem dort zu beheben, wo es liegt, wird das ganze Land in ein teures, jahrelanges Verwal-

tungsprojekt gedrängt. Das ist ineffizient, unnötig und föderal völlig verfehlt.

Und eines ist klar: Gleichstellung erreicht man nicht über das Steuersystem, sondern über Bildung, Vereinbarkeit, Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Die Initiative verkauft einen Systemumbau als Gleichstellungspolitik – das ist Augenwischerei.

Darum sage ich klar Nein zu dieser Initiative und setze mich für eine zielgerichtete Reform der Bundessteuer statt eines schweizweiten Bürokratieexperiments ein.

Norbert Knechtle, Kantonsrat Mitte, Pfäffikon

Bürokratiemonster Individualbesteuerung

Zur Abstimmung über die Individualbesteuerung vom 8. März

Gemäss dem Bundesgesetz über die Individualbesteuerung sollen künftig die Ehepaare je separat besteuert werden, was das bisher bekannte Steuersystem in den Kantonen völlig über den Haufen werfen würde. Unzählige Gesetze müssten abgeändert werden. Dazu müssten im Kanton Schwyz 35'000 zusätzliche Steuererklärungen von 35 zusätzlichen Mitarbeitern bewältigt werden.

Zudem würden mit der Individualbesteuerung neue Ungerechtig-

keiten geschaffen. Ehepaare, bei denen primär einer das Einkommen einbringt, müssten mehr Bundessteuern bezahlen. Zur Abschaffung der Heiratsstrafe reicht es bereits, wenn der Bund wie viele Kantone beziehungsweise wie der Kanton Schwyz den Divisor von 1,9 für die Berechnung des steuerbaren Einkommens bei Ehepaaren einführt. Deshalb Nein zum verfehlten und völlig unnötigen Bürokratiemonster der Individualbesteuerung.

Bruno Beeler, Präsident Mitte Kanton Schwyz, Kantonsrat, Goldau

Freiverlad als Knackpunkt

Zur Abstimmung über die Erschliessung des Zeughausareals Seewen vom 8. März

Mit der Erschliessung und Entwicklung des Zeughausareals steht in der Gemeinde Schwyz am 8. März eine zukunftsweisende und wichtige Abstimmung bevor. Zugegeben, es ist mit 66 Millionen Franken eine teure Investition.

Wer jetzt aber meint, man könne das Projekt in beliebige Teile zerstückeln, liegt falsch. Die SVP behauptet, die Personenunterführung könne verzögert und der Freiverlad einfach gestrichen werden. Das ist nicht wahr. Die SBB sind gemäss Güterverkehrsgesetz dazu verpflichtet, am Standort Schwyz den regionalen Freiverlad für den gesamten Talkessel Schwyz zu betreiben. Kanton und Gemeinde haben schon vor mehr als zehn Jahren und zwischenzeitlich immer wieder erfolglos versucht, den Freiverlad an einen anderen Standort im Talkessel

Schwyz zu verlegen. Sollte es wider Erwarten gelingen, den Freiverlad an einen anderen Standort zu verschieben, dann würde die Gemeinde als Verursacherin dieser Verlegung mit grosser Sicherheit die Kosten zu tragen haben. Das würde sicherlich massiv mehr kosten als die Lösung im jetzigen Projekt.

Der Freiverlad ist der Knackpunkt: Die Erschliessung des Zeughausareals kann nur gemacht werden, wenn der Freiverlad garantiert ist. Diese Kröte müssen wir schlucken, ob wir wollen oder nicht.

Das grosse Areal an bester Lage in Seewen liegt seit 22 Jahren brach. Entweder stimmen wir dem ganzen Projekt zu, oder die gesamte Entwicklung verzögert sich um weitere wertvolle Jahre. Für mich ist klar: Ich stimme überzeugt Ja, damit es jetzt endlich vorwärtsgeht.

Irene Huwyler Gwerder, Kantonsrätin Mitte, Rickenbach

Bargeld ja – aber mit Augenmass

Zur Abstimmung über die Bargeldinitiative vom 8. März

Der Gegenentwurf zur Bargeldinitiative ist der vernünftige Weg. Er schützt das Bargeld mit bewährten, klaren Formulierungen in der Verfassung – ohne unnötige Bestimmungen, die unsere Flexibilität in Zukunft einschränken würden. Statt starre Regeln in der Verfassung festzuschreiben, setzt der Gegenentwurf auf das, was sich bewährt hat und bereits heute breite Akzeptanz geniesst.

Gerade weil Bargeld für viele Menschen wichtig ist, braucht es eine

Lösung mit Augenmass. Der Gegenentwurf stellt sicher, dass Bargeld erhalten bleibt, ohne ein politisches Symbolthema aufzublähen oder neue Probleme zu schaffen. Dass er von einem breiten politischen Spektrum getragen wird, zeigt: Hier geht es nicht um Ideologie, sondern um eine praktikable und mehrheitsfähige Lösung.

Wer das Bargeld schützen will, ohne unnötige Risiken einzugehen, sollte am 8. März den Gegenentwurf mit einem Ja an der Urne unterstützen.

Kari Camenzind, Kantonsrat FDP, Gersau